
Diskussion

zu dem Referat von Gerhard Bäcker und Brigitte Stolz-Willig
„Geschlechterrollen und Sozialpolitische Umorientierung“*

Vera Morgenstern (Bundesfrauensekretärin, ÖTV): Ein Haupthindernis für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind die 3 bis 5 Millionen Arbeitslosen. Es sind nicht nur Frauen vom Arbeitsleben ausgeschlossen, die kleine Kinder haben. Neueste Umfragen in der ehemaligen DDR ergeben, daß sich die Zahl von teilzeitbeschäftigten Frauen, die angeben, keine andere Arbeit zu bekommen, im vergangenen Vierteljahr verdoppelt hat. Hauptaufgabe muß es also sein, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wenn wir Frauen fordern, daß familienergänzende Einrichtungen geschaffen werden, dann deshalb, weil die Kinder dort untergebracht werden können, so daß wir am Erwerbsleben teilnehmen können wie unsere Konkurrenten als Arbeitskräfte, die Männer. Wenn wir als Gewerkschafter die Einrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen fordern, dann auch, weil dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Birgit Cramon-Daiber (Mitglied des Europaparlaments/Die Grünen): Ich plädiere dafür, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht immer nur als Frauenproblem darzustellen. Es ist eher ein Männerproblem. Es bedarf zu seiner Lösung eines partnerschaftlichen und sozialen Ausgleichs zwischen Männern und Frauen auch im Familienbereich. Insofern sollte die Schaffung von flexiblen Normalarbeitsverhältnissen auch von der Situation der Männer her bedacht werden. Alles, was geeignet ist, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowohl in der klassischen Erwerbsarbeit als auch im sogenannten reproduktiven Bereich aufzubrechen, kann dem sozialen Wandel ein emanzipatorisches Gesicht geben.

Ingrid Kurz-Scherf (Wissenschaftlerin, Berlin): Die Geschlechterfrage läßt sich nicht auf das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verkürzen. Es geht nicht nur um die Zeit, es geht vor allen Dingen um Geld und um Macht. Ich nehme an, daß der DGB zum Thema Emanzipation der Frauen ein weiteres Werkstattgespräch vorgesehen hat.

Maria Kathmann (DGB-Bundesvorstand, Abt. Frauen): Aufgrund meiner Erfahrungen, daß Fraueninteressen meist nachrangig behandelt werden, befürchte ich, daß wir noch 20 Jahre fordern können, daß das Angebot an familienergänzenden Einrichtungen erhöht werden muß. wenn es uns nicht gelingt, das von der Frauenproblematik abzutrennen und im Interesse der Kinder zu handeln. Wenn wir als Frauen Veranstaltungen machen - zu welcher Frage auch immer -, landen wir über kurz oder lang bei der Problematik, daß Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen, weshalb Frauen nicht am

* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgespräches „Sozialer Wandel und Sozialstaat“ am 3. Juni 1993 in Düsseldorf.

Erwerbsleben teilnehmen können. Wenn Veranstaltungen zur Arbeitszeitpolitik stattfinden, spielt die Kinderfrage so gut wie keine Rolle. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß dieses Problem wirklich durchgängig von Männern, von Kollegen thematisiert wird.

Barbara Riedmüller: Man darf nicht den Fehler machen, einen Bereich gegen den anderen auszuspielen. Die Vereinbarkeit ist für bestimmte Gruppen von Frauen der zentrale Bereich, der sie an der Teilnahme am Arbeitsmarkt und an der sozialen Sicherung hindert. Andere stört das weniger. Jedenfalls müssen wir darauf achten, daß wir die Interessen nicht auseinanderdividieren.

Eine zweite Anmerkung: Verblüffend ist, daß die Bundesrepublik eine relativ niedrige Erwerbsquote von Frauen, eine hohe Arbeitslosigkeit und eine verdammt hohe Armutsrate von Frauen hat. Frankreich steht in dieser Beziehung besser da — und das bei einem sehr hohen sozialen Sicherungssystem in der Bundesrepublik. Das ist eine beängstigende Entwicklung, die allerdings tiefe kulturelle Wurzeln hat.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (DGB-Bundesvorstand, Abt. Grundsatz und Politische Planung): Zum einen möchte ich darauf hinweisen, daß Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder da sind. Es sind keine Orte, die der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen sollen.

Der zweite Punkt: Wir Männer, die in der gesellschaftlichen Hierarchie höherstehen, die mehr Geld verdienen, mehr Macht haben, sind deswegen doch nicht glücklicher als die Frauen. Wir brauchen also einen weitergefaßten Emanzipations- und Befreiungsbegriff, eine großzügigere Vorstellung von Lebensgestaltung, Lebenskultur, von Miteinander, der über die zweifellos notwendige gerechtere Verteilung von Arbeit hinausgeht.

Regina Görner (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB): Was wir hier diskutieren, gibt die gewerkschaftliche Wirklichkeit nur teilweise wieder. In der Debatte um das Motto „Frau geht vor“ ging es um die Frage, ob ein „Teilinteresse“ das Mai-Motto bestimmen könne. Solange das Verständnis von „Teilinteressen“ so bleibt, werden wir über die Probleme nicht hinwegkommen. Was ist denn mit den ganzen Bereichen der Reproduktionstätigkeit? Geht das nur Frauen etwas an? Ist es das kapitalistische System, das sie stets auf den häuslichen Bereich verlagert und so sichergestellt hat, daß sie unbezahlt blieb? Warum ist beispielsweise die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland so ein Problem? Ein Teil der Antwort darauf lautet: Weil wir uns, neben den Österreichern, als einzige Kulturnation dieser Erde den Luxus von Teilzeitschulen leisten. Bei dieser Schulform ist selbst Teilzeitarbeit nur unter Verrenkungen und allen möglichen problematischen Konstruktionen möglich. Das gibt es in Europa sonst nicht. Wie sollen Familien damit fertig werden, die mehrere Kinder haben, die bis zum Ende der Schulzeit betreut werden müssen? Ich erinnere mich an Diskussionen, die es vor Jahren um die Öffnungszeiten von Kindergärten gegeben hat. Da waren die Interessen der Beschäftigten und die Interessen derer, die Kinder unter-

bringen wollten, sehr unterschiedlich. Mit theoretischen Diskussionen kommt man bei der praktischen Lösung solcher Fragen nicht weiter.

Brigitte Stolz-Willig: Natürlich ist die Frauenbenachteiligung nicht nur ein Problem der Familienarbeit und der Verteilung. Trotzdem bleibt, was die Erwerbsverläufe anbetrifft, festzuhalten, daß es erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, solange die Kinderfrage im Raum steht. Mit der Familienphase sind die Geschlechterrollen und die Erwerbsbiographien festgelegt. Insofern bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie entscheidend: Die Erwerbsstrukturen und ihre Organisation kollidieren mit dem Zeitbedarf für die Familienarbeit. Das Familienmodell, wie es sich in der Bundesrepublik ausgeprägt hat und nach wie vor dominierend ist, ist komplementär zum männlichen Erwerbsmodell, das mehr noch als Arbeitszeitstrukturen auch einige Mechanismen der Professionalisierung, der Sanktionierung hervorgebracht hat, die Frauen ausschließen. Wenn also Arbeitszeit und Arbeitszeitgestaltung nicht thematisiert werden, bleibt alles allgemeines Blabla. Zu fordern sind kontinuierliche Erwerbsverläufe von Frauen, die sich vom traditionellen männlichen Erwerbsmodell unterscheiden. Ich spreche die Verteilungsfrage an, weil ich daran die kulturelle Dimension des Geschlechterverhältnisses besser und konkreter fassen kann, als wenn ich ganz allgemein über emanzipatorische Ansprüche rede: Wird es für notwendig gehalten, Erziehungsarbeit zu subventionieren oder nicht? Sind solche Modelle konsensfähig oder sind sie nur Spielwiesen für Politiker?

Beate Eggert (Gewerkschaft ÖTV): In der Bundesrepublik gibt es ein negatives Bild von Kindererziehungseinrichtungen. Damit wird u. a. erreicht, daß Frauen von Erwerbstätigkeit absehen. Ich würde mir im DGB, aber auch gesamtgesellschaftlich wünschen, daß es leichter möglich wäre, Bündnisse zu schließen zwischen Eltern und den Beschäftigten zur Erhöhung der Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich zum Beispiel sitze hier auf heißen Kohlen, weil meine beiden Söhne schon auf mich warten. Ich gestehe, daß ich meine Kinder nicht in jede Einrichtung geben würde, die heute angeboten wird. Ich sehe auch nicht, daß Schule die Qualität bietet, um Kinder wirklich behütet aufwachsen zu lassen. Diese Gesellschaft muß ein bestimmtes finanzielles Volumen für solche hochqualifizierten Dienstleistungsbereiche einsetzen, und der DGB muß das unterstützen. Die häufige Kontroverse zwischen Beschäftigten und Eltern über die Öffnungszeiten hätten wir dann nicht, wenn die Arbeitszeit der Beschäftigten auf mehr Schultern verteilt würde und wenn die Beschäftigten entsprechend bezahlt würden. Es geht eben auch darum, wieviel eine Gesellschaft in die Zukunftssicherung der Kinder investieren will.

Allerdings können derartige Einrichtungen, so gut sie auch sein mögen, die Probleme, die mit Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Emanzipation von Männern und Frauen nicht alleine lösen. Frauen ihrerseits müssen lernen loszulassen, Verantwortung in diesem häuslichen Bereich abzugeben. Männer andererseits müssen lernen anzunehmen und Verantwortung zu tragen dafür, daß die Flasche Milch im Kühlschrank

steht, das Brot eingekauft ist und die Betten frisch bezogen sind. Diese schlichten Probleme gilt es praktisch zu lösen - und da reicht es nicht, wenn die Kollegen auf dem Gewerkschaftstag nicken. Es wäre mehr gewonnen, wenn sie die Betten tatsächlich einmal beziehen würden.

Ute Kumpf (IG Metall-Bezirksverwaltung Stuttgart): Wenn wir früher die Frauenfrage zum Thema machten, hat es immer geheißen, man müsse das große Ganze sehen. Und wenn das große Ganze gelöst sei, dann würde für Frauen auch etwas abfallen. Inzwischen wissen wir, daß sich das große Ganze so schnell nicht lösen läßt. Zu fordern ist ganz konkret, daß die Kollegen die Solidarität, die sie den Frauen stets abverlangt haben, nun ihrerseits uns gegenüber aufbringen. Die erste Frage lautet für mich: Männer, habt ihr keine Kinder? Ich praktiziere seit zehn Jahren selbstorganisierte Kinderbetreuung und mir hängt es allmählich zum Halse heraus, daß die Männer sich einfach ausklinken. Man sollte vielleicht einmal ganze Scharen von Kindern in die Büros bringen, damit Männer sich endlich mit Erziehungsarbeit vertraut machen. Ich hoffe allerdings immer noch, daß es in der Gewerkschaft andere Formen gibt, Männern dieses Thema nahezubringen.

Zu den Themen Gleichstellungspolitik und Frauenförderung gibt es eine hervorragende Beschlußlage; die Umsetzung dagegen ist mühselig und zäh. Die Frage ist, wie lange die Frauen sich damit zufriedengeben werden? Vielen Kolleginnen in den Betrieben reicht es nicht mehr, von mächtigen Gewerkschaften, bedeutenden Funktionären und Betriebsräten vertreten zu werden. Sie wollen Frauenlisten machen. Wenn diese Spaltung eintritt, wird es schwierig werden. Wie können wir also schnell zu praktischen Umsetzungsschritten gelangen und wegkommen von diesen ewigen Appellen? Ich stelle fest, daß Frauen in der IG Metall in der Minderheit sind. Sie brauchen eine feste Quote, so daß Beschlüsse auch wirklich durchgesetzt werden und nicht immer wieder neu zur Disposition stehen.

Gerhard Bäcker: Es kommt im Prinzip darauf an, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Männern ermöglichen, ein neues Erwerbsverhalten und Geschlechterrollenverhältnis zu entwickeln, die es ihnen also nicht erlauben, sich auf fehlende Rahmenbedingungen zu berufen.

Ich möchte abschließend noch auf einen Aspekt eingehen, der im Hinblick auf die demographische Entwicklung wichtig ist: Wenn die Frauenerwerbsquote, wovon man ausgehen kann, weiter steigt, wenn zugleich der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung steigt, stellt sich die Frage, wer in Zukunft für die familiären unentgeltlichen Pflegeleistungen zuständig ist. Wenn Frauen das nicht mehr leisten, gibt es im Grunde nur die Alternative, alles dem öffentlichen Dienst zuzuordnen, was man weder finanziell noch von der Interessenlage der Betroffenen wünschen kann. Insofern geht es eindeutig darum, ob in Zukunft auch die Männer bereit sind, bei insgesamt reduzierten Erwerbsarbeitszeiten, Aufgaben wie die Betreuung und Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Angehörigen zu übernehmen.